Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1907

4 (5.1.1907) Erstes Blatt

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 4. Erstes Blatt. Karlsruhe, Samstag den 5. Januar 1907. 27. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfaßt mit dem Unterhaltungsblatt 3 Blätter mit zusammen 10 Seiten.

Der Roman befindet sich im zweiten Blatt.

Der Sang an Liebert.

Die Erleuchtung, die der deutsche Reichskanzler am Schlusse des Jahres seines Ohnmachtsanfalls seinem Busenfreund, dem bezahlten Generalagenten des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, dem Herrn v. Liebert, hat angedeihen lassen, ist von der Presse allgemein mit der ein wenig verdutzten Heiterkeit aufgenommen worden, mit der allzu grobe Silvesterspäße von den Betroffenen verdaut zu werden pflegen. Allgemein rühmt man der Wahlbotschaft nach, daß sie sehr klar und gut geschrieben sei. Wenn man die Trinksprüche, die in ländlichen Kriegervereinen bei Sedansfeiern oder Kaiser Geburtstagsschmäusen ausgebracht werden, für Gipfel und Muster der deutschen Literatur hält, so ist die Bülowsche Schriftstellerei in der Tat ganz hervorragend.

Nur die Freisinnigen sind nicht recht vergnügt. Sie wissen nicht, ob man sich über sie lustig macht, denn daß Fürst Bülow die seit dem 13. Dezember unentwegt angekündigte liberale Aera damit beginnen will, daß er der bürgerlichen Opposition gnädigst gestattet, für die reaktionäre Politik der Regierung zu stimmen, scheint selbst den anspruchslosesten Leuten des Freisinns nicht genug, und einige erinnern sich endlich an das bewährte politische Prinzip des preußischen Junkertums, das noch niemals auf Versprechungen der Regierung etwas gegeben hat, sondern stets höchst energisch Barzahlung verlangte. Die Konservativen sind grausam genug, mit ihren neuen nationalen Giftbaumbrüdern Schindluder zu treiben. Obwohl den Aermsten von Fürsten Bülow nicht einmal etwas versprochen worden ist, sondern man ihnen eben nur erlaubt hat, gegebenenfalls für alle die Militär-, Marine- und Kolonialvorlagen zu stimmen, denen sich das Zentrum weigert, so machen einige agrarische Organe es dem Fürsten Bülow noch zum Vorwurf, daß er den Freisinn noch gar zu höflich behandle. Der Versuch der Freisinnigen, die Freiheit zu gewinnen, indem sie sich oppositionell gebärden, kommt zu spät. Weder durch nationale Gesinnung, noch durch Opposition werden die Freisinnigen irgend welches Vertrauen erschleichen können, denn niemand ist sicher, daß sie nicht wirklich das Vertrauen des Fürsten Bülow ehren und daß sie nach den Wahlen vollständig militär- und regierungsfromm werden, sofern man ihnen nur am Horizont einen weiteren Bankdirektor auf dem Wege zum Ministerium zeigt. Darin ist die Bülowsche Botschaft ja tatsächlich klar gewesen: der Kanzler will eine zweite Mehrheitspartei, um keinerlei parlamentarischen Schwierigkeiten mehr zu begegnen. Aber das haben wir schon einen Tag nach der Auflösung gewußt. Geschichtlicher Unsinn, aber gerade deshalb ein beachtenswerter Einfall des Fürsten Bülow ist der Degen Bonapartes, den der konservative Reichsbote scharf schleift. Das weibliche Hoforgan macht darauf aufmerksam, daß Bonaparte erst gekommen sei nachdem Robespierre seine Blutherrschaft vollendet habe. Er fordert also, daß Bonaparte Robespierre vorausgeht. Daß der Degen gezückt wird, bevor die Revolution ausgebrochen sei. Dieser christliche Wunsch nach Negerjagden in Deutschland äußert sich wie folgt:

„Nicht das geringste sittliche Recht steht auf Seiten der schwarzen und roten Demokratie; das ganze Recht ist auf Seiten der Regierungen. Es ist eine schamlose Lüge, zu behaupten, daß das deutsche Volk unter einer beispiellosen Mißregierung zu leiden hätte; im Gegenteil, die Verhältnisse sind besser als je. Handel und Wandel blühen; der Volkswohlstand nimmt reißend zu: der Arbeiter findet in regelmäßiger Arbeit guten Lohn. Wenn nun eine frische Agitation durch die Ausstreuung von Lügen diese gesunde Entwicklung stören will; wenn Narren mit Gleichheitsphrasen die Köpfe verwirren und Fanatiker durch Anwendung von Drohung und Zwang aller Art der Nation ihre Ideen zur Ausführung aufzwingen wollen, dann wird es sittliche Pflicht, diese Leute zu hindern."

Das Bekenntnis zum Hochverrat, zum Bruch der Verfassung, das sich in Bülows Botschaft noch unter dem Schutze eines sinnlosen geschichtsfälschenden Vergleichs hervorgebracht hatte, wird von dem Reichsboten mit wünschenswerter Deutlichkeit geklärt. Freilich, auch diese Absichten kennen wir längst. Mit den Kanonen kann nicht nur jeder Esel regieren, will auch seit jeher jeder Esel regieren. Die deutschen Wähler aber werden den Herrschaften das gefährliche Spielzeug aus der Hand nehmen.

Politische Uebersicht.

Warum 8000 Mann?

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung unternimmt es, auf folgende höchst kitzelige Fragen Antwort zu geben:

1. Wozu brauchen wir 8000 Mann gegen 300?
2. Wenn wir mit dem Gegner fertig geworden sind, ist dann nicht sofort die Schutztruppe entbehrlich?

Die erste dieser beiden Fragen ist falsch gestellt. Nach der heimtückischen Unterwerfung des Hottentottenhäuptlings Christians gibt es in Südwestafrika höchstens noch 150 Gewehre tragende Aufständische. Die Frage muß also richtig heißen:

Wozu brauchen wir 8000 Mann gegen 150?

Diese Frage beantwortet das Regierungsblatt dahin: 2000 Mann müssen im Norden stehen, weil sonst die unruhigen Elemente unter den Eingeborenen die Oberhand bekommen würden. Von den restlichen 6000 Mann seien weitere 1500 zur Bedeckung der Transporte und zur Besetzung der Etappen notwendig. Bleiben also 4500 Mann, davon 10 Prozent Krankenstand ab (!) macht 4050 Mann. Außerdem (!) müßten noch die Telegraphen- und Heliographenstationen besetzt werden, ferner müßten Proviant- und Munitionsmagazine bewacht werden — und hier hört die Norddeutsche Allgemeine Zeitung zu rechnen auf, weil das Endresultat ihrer Rechnung doch ergeben müßte, daß gegen jeden aufständischen Hottentotten mindestens 25 deutsche Schutztruppler im Felde stehen.

Damit kann man gewiß nicht Staat machen, und es nimmt sich auch komisch genug aus, wenn die Norddeutsche dem Truppenführer Lorbeeren windet, „der die Bondelswarts zur Ergebung veranlaßt und diese Mitteilung als Schönstes dem deutschen Volk auf den Weihnachtstisch legte". Die „nationale Ehre" ist schon sehr bescheiden geworden, wenn sie sich's mit solchen kriegerischen Triumphen genügen läßt.

Aber der Hauptfeind der deutschen Truppen sind ja gar nicht die Schwarzen, so fährt es der vor Verlegenheit stammelnden Offiziösin von Ungefähr heraus: „sondern Ausdehnung, Unwegsamkeit des Landes, geringe Kultur, Mangel an Lebensmitteln und Wasser".

Das ist der Stil, in dem Leute, denen die Schwarzseherei verboten ist, die Wüste kennzeichnen. Warum also 8000 Mann? Um ein Land ohne Lebensmittel und ohne Wasser, und daher auch ohne Kulturmöglichkeit, ein Land, in dem unter zehn kräftigen Leuten wenigstens einer immer infolge des schlechten Klimas krank ist, und aus dem kaum einer gesund zurückkommt, gegen 150 aufständische Hottentotten zu schützen und um den Ausbruch neuer Unruhen zu verhüten! Von diesen 8000 Mann kostet jeder jährlich 10 000 Mk., und die ganze südwestafrikanische Kolonialarmee — denn um eine solche handelt es sich nach der Antwort der Norddeutschen offenbar — kostet jährlich 80 Millionen Mark.

Warum und wozu? Die Antwort auf diese Frage wissen nur Wahnsinnige und Kolonial-Lieferanten!

Badische Politik.

Als technischer Referent

an Stelle des in den Ruhestand tretenden Herrn Oberbaurats Warth wird Herr Professor Architekt Moser, in Firma Curjel u. Moser in Karlsruhe, ins Eisenbahnministerium berufen. Moser gilt als einer der hervorragendsten Architekten unseres Landes.

Deutsche Politik.

Proporzwahlen in Württemberg.

Die Volkspartei und die Sozialdemokratie haben ihre Wahlvorschläge für die Proporzwahlen in beiden Wahlkreisen des Landes für verbunden erklärt, sodaß sie bei der Austeilung der Mandate an die einzelnen Parteien als ein Vorschlag betrachtet werden müssen. Die Listenverbindung richtet sich in der Hauptsache gegen das Zentrum. Die Nationalliberalen und der Bauernbund haben dasselbe untereinander getan.

Lorenz gegen Dernburg.

Die Absicht des Kolonialdirektors Dernburg, am 11. Januar in Berlin eine Wahlrede vom Stapel zu lassen, findet die schärfste Mißbilligung der Antisozialdemokratischen Korrespondenz. „Ein hoher Beamter", schreibt sie, „der sich unter die Masse begibt, um vor ihr den Wahlkampf zu führen, begibt sich auch in die Abhängigkeit der Masse. Das ist in halb- und ganzrepublikanischen Ländern wohl in Ordnung, da hier die Masse und das Ergebnis des Wahlkampfes auch unmittelbar über das Schicksal der Minister und hohen Beamten entscheidet. In Deutschland und Preußen aber sind die Staatsmänner von der Masse unabhängig usw."

Die Antisozialdemokratische Korrespondenz erinnert zu sehr gelegener Zeit daran, daß wir politisch noch nicht in Westeuropa, geschweige denn in Amerika, sondern noch in Halbasien leben, wo die Tschine und Mandarine ihr Amt lediglich höherer Gunst verdanken und infolgedessen nicht von den „Launen des Volkes", sondern von ganz anderen Launen abhängig sind. „Niemand in Deutschland", schreibt Fürst Bülow, „will ein persönliches Regiment", und zu gleicher Zeit bestätigt die Antisoz. Korrespondenz, daß in Deutschland das persönliche Regiment tatsächlich regiert. Daß das gerade jetzt festgestellt wird, ist sehr gut, weil sich gegenwärtig die beste Gelegenheit bietet, es zu ändern.

Einen Aufruf an die deutsche Kaufmannschaft

erläßt der Konfektionär des Inhalts, bei den kommenden Reichstagswahlen die richtigen Leute in das Reichsparlament zu wählen. An die Reichstagsmehrheit, die durch ihre Zollpolitik

ganze Industriezweige lahmgelegt

hat und andere schwer schädigte, an die Reichstagsmehrheit, die dem deutschen Volke eine neue enorme Belastung durch neue verkehrsfeindliche Steuern brachte — an die Reichstagsmehrheit werde man noch lange denken! Die Kaufmannschaft habe es bisher immer verstanden, hinterher, wenn es zu spät ist, zu schimpfen, zu jammern und zu klagen! Die Furcht, irgendwo bei Bekundung der wahren Gesinnung anzustoßen, müsse aufhören und die Erfahrungen der letzten Jahre müssen bei den kommenden Wahlen beherzigt werden!

Da die sozialdemokratische Partei die einzige ist, die gegen diese eben erwähnte wahnsinnige Politik Krieg führt, Krieg bis aufs Messer, so muß die deutsche Kaufmannschaft, als wirksamen Protest, sozialdemokratisch wählen.

Der Staat als Arbeitgeber.

Wie hat das Reich der Sozialreform dem billigen Verlangen seiner Arbeiter Rechnung getragen, ihnen in Anbetracht der unerhörten Teuerung die Löhne zu verbessern?

Vor uns liegt der amtliche Bericht über die Verwaltung der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen. Darin befindet sich auf Seite 124 ff. die Zusammenstellung der in den Rechnungsjahren 1900 bis 1905 an die Gehilfen und Arbeiter gezahlten durchschnittlichen Löhne. Danach bezogen an Besoldung oder Lohn für den Tag im Durchschnitt:

		1904	1905
Nichttechnische Bureaugehilfen	Mk.	3,37	3,28
Bureau- und Hilfsarbeiterinnen	„	3,20	3,19
Zeichnergehilfen	„	3,99	3,75
Kanzleigehilfen	„	3,06	3,00
Stationsgehilfen	„	3,19	3,13
Schreibgehilfen	„	3,91	3,82
Hilfskartendrucker	„	3,07	3,02
Frauen im Telegraphendienst	„	2,24	2,22
Hilfsweichensteller	„	2,85	2,80
Hilfsbahnwärter	„	2,71	2,61
Schrankenwärterinnen	„	0,52	0,51
Hilfslokomotivheizer	„	2,96	2,93
Bahnhofsarbeiter	„	2,88	2,86
Werkstättenarbeiter	„	4,27	4,20
Werkstättenhandarbeiter	„	3,43	3.38
Werkstättenlehrlinge	„	1,18	1,15

Von 34 Arbeiterkategorien, die in der Liste aufgezählt sind, haben 16, also die Hälfte, eine Verringerung ihres Lohnes erfahren.

Für militärische und Kolonialzwecke sind Millionen und Abermillionen übrig, am Arbeiter und Unterbeamten hingegen sucht man auf kleinliche Weise Ersparnisse zu erzielen!

Nun, der 25. Januar ist auch für die Arbeiter und Angestellten der staatlichen Musterbetriebe der Tag der Abrechnung!

Ausland.

Frankreich.

Gesetzentwurf zum Frauenwahlrecht. Am 21. Dezember v. J. erschien eine zahlreiche Deputation der Vereinigung Frauensolidarität in der französischen Kammer, um die sozialistische Fraktion zu einer Intervention zugunsten des Frauenstimmrechts aufzufordern. Sie wurde im Fraktionszimmer von den Abgeordneten herzlich empfangen. Die Sprecherin der Gruppe, Genossin Dr. Pelletier, erinnerte an den Beschluß des Parteitages von Limoges, der die sozialistischen Abgeordneten beauftragt, einen Gesetzentwurf über das Frauenwahlrecht einzubringen. Jaures erwiderte, daß die Fraktion in nächster Zeit das Erforderliche tun werde. Die Gefahr des Klerikalismus, die so oft von den Feinden des Frauenstimmrechts an die Wand gemalt wäre, bestehe nicht. Wenn die Frauen wirklich von den Pfaffen fanatisiert wären, könnte sich die Trennung von Kirche und Staat nicht in so friedlicher Weise vollziehen. — Auch andere sozialistische Abgeordnete versicherten die für die Rechtsgleichheit kämpfenden Frauen ihrer Sympathien. — In der folgenden Fraktionssitzung wurde eine Kommission gewählt, die den Gesetzentwurf über die aktive und passive Wahlberechtigung der Frauen ausarbeiten und auch die anderen, auf die politische, wirtschaftliche und privatrechtliche Gleichstellung der Frauen bezüglichen Vorschläge studieren soll.

Zur Reichstagswahlbewegung.

In Baden.

Eine entschiedene Absage an den liberalen Block richtet in seiner gestrigen Nummer der „Badische Beobachter". Zunächst stellt er fest, daß Verhandlungen im Gange waren, den früheren Gouverneur von Südwestafrika, Generalmajor Leutwein, als gemeinsamen Kandidaten aller bürgerlichen Parteien zu proklamieren. Diese Kandidatur sei aber wegen des liberalen Blocks nicht möglich gewesen. Dann heißt es weiter:

Für einen Blockkandidaten können wir Zentrumsleute so wenig stimmen wie für einen Sozialdemokraten, und für Herrn Stadtrat Dr. Weill stimmen wir erst recht nicht. Er soll sehen, wie weit er mit der freisinnigen und nationalliberalen Intelligenz innerhalb und außerhalb Karlsruhes kommt! Im vergangenen Jahre hat der Herr einmal in einer Blockversammlung sich über die intelligenten Gesichter des schwarzen Landtages in Bayern lustig gemacht. Er ist offenbar für verfeinerte Sitten und kann die derben Bauerngesichter, die im bayrischen Landtage vielfach vertreten sind, weil das Zentrum eine wahre Volkspartei ist, nicht leiden. Nun, er mag sich trösten: die Zentrumsintelligenz wird ihn im 10. Wahlkreis in Ruhe lassen und unsere Bauern im Bruchsaler und Karlsruher Bezirk bedanken sich dafür, einen Karlsruher Stadtrat zu wählen, dem die Gesichter der schwarzen bayrischen Abgeordneten nicht gefallen. Sein Gesicht gefällt auch nicht jedem.

Das Zentrum stellt wieder seinen früheren Kandidaten, Landgerichtsrat Edm. Schmidt, auf. Es werden demnach im 10. badischen Wahlkreis drei Kandidaten sich um das Mandat bewerben.

Ebenso dumm als dreist

ist ein im Bad. Beobachter unternommener Versuch, unsere Genossen Dr. Frank und Kramer als Feinde der Selbstverwaltung der Krankenkassen anzuschwärzen. Daß unsere Genossen im Landtag mit ihren Ausführungen über die freie Aerztewahl bei der Eisenbahnkrankenkasse und das Verhalten der Delegierten der Generalversammlung zu dieser Frage das Selbstverwaltungsrecht antasten wollten, ist eine ebenso unwahre als blödsinnige Behauptung. Geradezu komisch aber mutet es an, wenn der Schreiber des Beobachterartikels am Schlusse seines Elaborats ausruft:

„Darum, habt acht, Ihr Arbeiter, vor diesen „Arbeiterfreunden"! Zahlt für Beleidigungen und selbstüberhebende Lobsprüche am Wahltag!"

Wo sind denn die Arbeiter, die auf einen so grotesken Schwindel hereinfallen? Jedenfalls gewinnt das Zentrum durch solche Manöver keine Arbeiterstimmen, die es nicht schon lange hatte. Aber man sieht, mit welcher Skrupellosigkeit die schwarzen Wahlmacher arbeiten.

Ein ehrendes Zeugnis

stellen „Mehrere Vaterlandsfreunde" unserer Partei und speziell dem Genossen Emil Eichhorn im Pforzheimer Generalanzeiger aus. Es heißt da:

„Im Volksfreund erschien ein Bericht über die bisherige Tätigkeit der Genossen im 9. badischen Reichstagswahlkreise. Danach hat der sozialdemokratische Kandidat Eichhorn schon vor Weihnachten in Pforzheim, Durlach und Ettlingen, am Samstag vor Neujahr in Würm, am Sonntag allein in Itersbach, Weiler, Langenalb, Ellmendingen und Nöttingen, am Neujahrstage in Kieselbronn, Dürrn und Eisingen gesprochen.

Am Sonntag und am Neujahrstag ist auch das erste Flugblatt in 45000 Exemplaren im Kreise verbreitet worden.

Das nennt man Agitation!! Was gedenken die Blockparteien zu tun??

Mehrere Vaterlandsfreunde.

Die Blockparteien sind nicht imstande, auch nur annähernd ähnliches zu leisten. Dazu gehört Begeisterung, Opfermut und vor allem ein Ideal, für welches man sich begeistern und aufopfern kann. Der deutsche Liberalismus aber hat längst keine Ideale mehr.

Aus dem 2. Wahlkreis

schreibt man uns: Wie man hört, tragen sich die christlich organisierten Arbeiter ernstlich mit der Absicht, dem Zentrumskandidaten, Gutsbesitzer Duffner, einen eigenen Arbeiterkandidaten gegenüberzustellen. Die Lebensmittelverteuerung hat auch den christlichen Arbeitern die Augen geöffnet. Duffner ist einer der fanatischsten Anhänger der agrarischen Beutepolitik, die den breiten Massen die notwendigsten Lebensmittel verteuert. Die christlichen Arbeiter sind der Meinung, daß, nachdem die Reichstagsabgeordneten Diäten bekommen, es vernünftiger und im Interesse der Arbeiter zweckmäßiger sei, Leute in den Reichstag zu entsenden, die nicht nur mit Worten, sondern durch die Tat die Arbeiterinteressen vertreten. Herr Duffner ist ein steinreicher Mann, dem die Leiden des arbeitenden Volkes nur vom Hörensagen bekannt sind.

Allzuviel darf man ja auf die Drohungen der christlichen Arbeiter nicht geben, denn sie lassen sich erfahrungsgemäß nur zu leicht wieder beruhigen. Man erinnere sich nur, wie sie beim Zolltarif auf die zentrümliche Leimrute gekrochen sind. Immerhin ist es bezeichnend, daß in den Kreisen der christlichen Arbeiter der Gedanke einer eigenen Kandidatur gegenüber der offiziellen Zentrumskandidatur aufgetaucht ist. Wenn erst die wirtschaftliche Krise die Folgen des Zolltarifs in vollem Umfange verspüren läßt, dürfte das Zentrum sein blaues Wunder erleben. Bei dem Volksbetrug kommt das Zentrum nicht ungeschoren davon, das steht heute schon fest.

Im Reiche.

Die Reichstagswahlen in Württemberg.

R. Als erste von allen Parteien steht in Württemberg wiederum die Sozialdemokratie gerüstet da. Die heutige Nummer der Tagwacht veröffentlicht die Kandidaturen für sämtliche württembergische Reichstagswahlkreise. Es kandidieren in Stuttgart: Karl Hildenbrand, Schriftsetzer, seith. Abgeordneter; in Cannstatt-Ludwigsburg: Wilh. Keil, Redakteur; in Heilbronn-Brackenheim: F. Feuerstein, Redakteur; in Böblingen-Vaihingen: Gemeinderat Karl Sperka, seith. Abgeordneter; in Eßlingen: Louis Schlegel, seitheriger Abgeordneter; in Reutlingen-Tübingen: A. Schlicke, erster Vorsitzender des deutschen Metallarbeiter-Verbandes; in Calw-Neuenbürg: Karl Offer, Goldarbeiter; in Freudenstadt-Oberndorf: Wilh. Kowald, Schriftsetzer; in Balingen-Rottweil: Hermann Mattutat, Arbeitersekretär; in Göppingen-Gmünd: Dr. Hugo Lindemann, seith. Abgeordneter; in Backnang-Hall: Karl Krüger, Kassenbeamter; in Crailsheim-Gerabronn: Herm. Wirt, Gemeinderat; in Aalen-Ellwangen: Friedrich Fischer, Buchhändler; in Heidenheim-Ulm: A. Dietrich, Gemeinderat; in Blaubeuren-Ehingen: Friedr. Göhring, Maler; in Biberach-Leutkirch: Karl Hildenbrand, Schriftsetzer; in Ravensburg-Riedlingen: Joh. Kraus, Schreiner.

Mit einer einzigen Ausnahme wurden Doppelkandidaturen also vermieden. Die Meldung vom Rücktritt des Volksparteilers v. Payer hat sich als verfrüht erwiesen. Die Kandidatur Naumanns in Heilbronn kann weder leben noch sterben. Neuer-

dings verlautet, die Nationalliberalen wollten Naumann unterstützen, wenn er von vornherein das Versprechen abgibt, seine Stichwahlparole für die Sozialdemokratie auszugeben. Ob Naumann vor den Nationalliberalen kapitulieren wird, ist noch zweifelhaft. Die Bauernbündler drohen schon mit dem Durchfall Hiebers in Cannstatt-Ludwigsburg, wenn die Nationalliberalen in Heilbronn nicht stramm zur Fahne des Bauernbundes halten. Von einer grenzenlosen politischen Verlumpung zeugt die Haltung der Volkspartei, die zwar die Bildung eines allgemeinen Hottentottenblocks in Württemberg abgelehnt, aber in den einzelnen Wahlkreisen, so in Eßlingen, Göppingen und Cannstatt, sich mit den Nationalliberalen und Bauernbündlern wider die Sozialdemokratie verbündet hat. Eine solche Haltung der „Demokratie" sollte man 14 Tage nach den Landtagswahlen kaum für möglich halten.

Aus Elsaß-Lothringen.

W. Der neue national-soziale Blocklandidat für den oberelsässischen Wahlkreis Colmar, Pfarrer Naumann, hat seine telegraphisch gegebene Zusage wieder zurückgezogen. Er hat es für besser gehalten, die ihm ebenfalls angetragene Kandidatur in Heilbronn anzunehmen. Wäre Naumann in Colmar in Stichwahl gekommen, so wäre seine Wahl mit sozialistischer Hilfe wahrscheinlich gewesen. Daß er sich wieder zurückgezogen hat, beweist aber, daß er befürchtete, nicht er, sondern unser Kandidat Genosse Peirotes werde in Stichwahl kommen, er selbst damit ausfallen. Und diese Befürchtung stimmt mit dem überein, was wir gleich bei Ankündigung dieser seltsamen Kandidatur bemerkten.

Proletarische Mitläufer bürgerlicher Parteien.

Ein Wahlaufruf des „Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands" enthält folgende Mahnung:

> Wir erwarten, daß unsere Mitglieder sich außerhalb der Gewerkschaften in den bürgerlichen Parteien, denen sie zugehören, energisch betätigen und für die Zusammensetzung eines Reichstags Sorge tragen werden, der im Sinne der Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften zu wirken gewillt ist.

Man erwartet von den christlich organisierten Arbeitern also, daß sie sich in irgend einer bürgerlichen Partei betätigen, in welcher, ist völlig Wurst. Nur mit der Arbeiterpartei darf der christliche Arbeiter nicht gehen, er muß es auf alle Fälle mit dem bürgerlichen Mischmasch halten. Das ist schließlich auch eine Wahlparole, die der Klarheit nicht entbehrt, und dem, der ihren Sinn nicht erkennt, ist kaum zu helfen.

Das Reichsverbands-Handbuch.

Zur Reichstagswahl am 25. Januar 1907 ist auch der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie mit einem „Handbuch für nichtsozialdemokratische Wähler" auf den Plan getreten. Für die Oeffentlichkeit ist das 21 Bogen große Machwerk nicht bestimmt, wenigstens vorläufig nicht; es soll bis zur Beendigung der Hauptwahl nur den Mitgliedern des Verbandes zur Verfügung gestellt werden. Das ist eine Klugheitsmaßregel von Bauernschlauheit eingegeben. Denn wie so oft bürgerliche, der Sozialdemokratie durchaus abhold gesinnte Politiker feierlich sich vor dem Verdacht einer Gemeinschaft mit dem Reichsverband verwahren mußten, um ihr bißchen Achtung vor der Oeffentlichkeit aufrecht zu erhalten, so würde eine öffentliche Erörterung der schmachvollen Lügen und der grotesken Unwissenheit, mit der der Reichsverband operiert, gar bald auch in gesitteten bürgerlichen Kreisen jeden Kandidaten in Verruf bringen, von dem bekannt wird, daß jemand auf Grund des Handbuches für seine Wahl Propaganda macht.

Es müßten dicke Folianten voll geschrieben werden, wollte die Sozialdemokratie alle handgreiflichen Lügen des Handbuchs Stück für Stück widerlegen. Das ist unmöglich, sintemalen in dem Handbuch ohne Scham wiederholt wird, was schon längst aktenkundig als Verleumdung abgetan ist. Als Beispiel für die Unverschämtheit der Gesellen vom Reichsverband führen wir in dieser Hinsicht an, daß die Lügen über die „Schwelgereien" und die „Mißwirtschaft" der Gemeindevertretung von Bant auf Seite 197 des Handbuchs unter dem Titel „Kommunalpolitik" aufgetischt werden, trotzdem der Gemeindevorsteher dieses Ortes die Verleumdungen in einer Zuschrift an die Presse bündig zurückgewiesen hat. Die verachtungswürdige Feigheit der Reichsverbändler tritt im Handbuch gerade bei dieser Angelegenheit noch dadurch hervor, daß das Buch bei Wiederholung der Verleumdungen davon redet, daß „folgende Beschreibung über die Gemeinderatssitzung in Bant durch die Presse ging". Ganz geflissentlich verschweigen die Reichsverbändler hier, daß sie selber es waren, die diese Verleumdung in die Presse brachten und daß eine der vom Verband gespeisten Zeitungen, das Wilhelmshavener Tageblatt, bei seinem am 23. August 1906 veröffentlichten Widerruf ausdrücklich das Organ des Reichsverbandes als Quelle der Verleumdungen angab. Dies Beispiel ist charakteristisch für die Kampfesweise des Handbuches und für den tatsächlichen Wert der gegen die Sozialdemokratie und ihre Führer gerichteten Schmähungen überhaupt, und gleichzeitig kennzeichnet es die Unmöglichkeit, den schweren sittlichen Schädigungen des deutschen Volkes, die nach dem Ausspruch des Sozialistenfressers Max Lorenz durch die Agitation des Reichsverbandes hervorgerufen werden, im einzelnen entgegenzutreten.

Ungefähr auf gleichem Niveau wie die moralische Verkommenheit der Reichsverbändler steht ihre politische Unwissenheit. Zu deren Kennzeichnung sei eine Stelle im Artikel „Parteien" auf Seite 228 des Handbuches angeführt. Der Artikel schildert, wie 1887 die Kartellmehrheit zustande kam und fährt dann fort:

> „1890 wurde das Kartell zwar erneuert, aber bei dem durch Caprivis Kanzleramt eingeleiteten Wechsel der Politik fehlte es an einer klaren Parole, so daß die Wahlen mit einer Niederlage des Kartells endigten."

Hier wissen die Politiker des Reichsverbandes nicht, daß die Reichstagswahlen vom 20. Februar 1890 unter Bismarcks Reichskanzlerschaft zu stande kamen und daß Caprivi erst einen Monat später Kanzler wurde, nachdem die Wahlen den Bankrott der Bismärckischen Gewaltpolitik aller Welt kund getan hatten.

Ein anderer, nicht minder drolliger Fall, bei dem man nur im Zweifel darüber bleibt, ob außer der Dummheit auch ihre Zwillingsschwester, die Bosheit, die Hände im Spiel hat, sei noch erwähnt. Auf Seite 68 des Handbuches steht zu lesen:

> „Brotwucher war das beliebteste Schlagwort der Sozialdemokratie aus den Kämpfen um die Handelsverträge."

Der Reichslügenverband vergißt mitzuteilen, wer dies „Schlagwort" damals ziemlich zuerst angewendet hat. Am 24. Februar 1895 hielt der Kaiser beim Festmahl des Brandenburgischen Provinzial-Landtages in Berlin eine Rede, in der er im Hinblick auf die Agrarier dringend vor überspannten Hoffnungen oder gar der Verwirklichung von Utopien warnte. Kein Stand könne beanspruchen, auf Kosten des anderen besonders bevorzugt zu werden. Weiter aber wußte das Stöckersche „Volk" zu melden, daß der Kaiser sich über den Antrag Kanitz zum Freiherrn v. Manteuffel geäußert habe:

„Sie können mir nicht zumuten, daß ich Kornwucher treibe".

Das ist das sozialdemokratische Schlagwort.

Solche schauerlichen Böcke des Reichsverbandes erinnern lebhaft an die Unwissenheit, die der Leiter dieser Organisation, Generalleutnant v. Liebert, in seiner zur Bekämpfung der Sozialdemokratie geschriebenen Broschüre: „Die Entwicklung der Sozialdemokratie und ihr Einfluß auf das Heer" nicht allein zu unserer, sondern auch zu unserer Gegner Belustigung zum besten gegeben hat.

Doch es kommt nicht so sehr darauf an, zu zeigen, was Dummheit und Niedertracht in den Händen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zu leisten vermögen. Unsere Partei ist, so lange sie besteht, von ihren Gegnern mit albernen Schmähungen überhäuft worden, und alle Verleumdungen haben dank der wachsenden Einsicht und Erkenntnis des deutschen Volkes nichts anderes vermocht, als die Kraft der Sozialdemokratie zu stärken. So wird es auch diesmal sein. Wichtiger als der Nachweis des gegen die Partei verzapften Giftes ist es, an der Hand des vorliegenden Buches zu zeigen, was der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie" dem deutschen Arbeiter als solchem zu bieten vermag. Auf Seite 236 verkündet das Handbuch, daß der Reichsverband seine Aufgaben lösen wolle „unter voller Anerkennung der berechtigten Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer Lage."

Wie dies geschieht, mögen folgende Auszüge aus dem Handbuch zeigen:

Auf Seite 24 heißt es unter der Stichmarke „Arbeitergroschen" unter Gegenüberstellung der Steuern, die der Arbeiter zu zahlen hat:

> „Dabei sind die staatlichen Abgaben durchaus geringfügig, verglichen mit den riesigen Summen, welche die Sozialdemokratie von den Arbeitern erpreßt. Insonderheit die einzelnen Fachverbände schröpfen ihre Mitglieder in außerordentlicher Weise."

Dies „Schröpfen" wird dadurch bewiesen, daß die Organisation der Notenstecher von jedem Mitglied 58,95 Mk. jährlich, die der Buchdrucker 55,67 Mk. jährlich an Beiträgen erhebt usw. Sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsorganisationen werden also um des guten Zweckes willen bunt durcheinander gewürfelt. Nebenher sei bemerkt, daß das Einkommen der Redakteure am Vorwärts bei dieser Gelegenheit auf jährlich 7000 Mk. angegeben wird, während ein Blick in die Parteitagsprotokolle jeden davon überzeugen kann, daß selbst der am besten gestellte Vorwärts-Redakteur noch längst nicht das Gehalt bezieht und das Durchschnittsgehalt kaum die Hälfte der angegebenen Summe beträgt.

Auf Seite 42 wird der Sozialdemokratie alias Gewerkschaft nachgesagt, daß sie die Arbeiter zur Erhebung ungerechtfertigter Ansprüche anstachelt und in Streiks hineinhetzt.

Auf Seite 49 heißt es von den Streikposten, daß sie „oft genug" gegen die lieben Arbeitswilligen nicht nur gemeine Schimpfworte, sondern tätliche Angriffe richten, „in denen sich die sittliche Verrohung sozialdemokratischer Erziehung bedauerlicherweise bekundet." Da die Strafgesetze nicht immer eine ausreichende Handhabe boten, um unzulässige Belästigungen der Arbeitswilligen zu verhindern, habe die Regierung 1899 das Zuchthausgesetz eingebracht, das aber seiner strengen Bestimmungen wegen vom Reichstag abgelehnt worden sei. Auf Seite 132 werden zur Charakteristik der Gewerkschaften einige Fälle von Unterschlagung angeführt, deren sich Kassierer usw. schuldig machten. Auf Seite 131 heißt es von den Gewerkschaften: „Nicht mehr die Wohlfahrt der Arbeiter ist Zweck der beruflichen Koalitionen: sie ist ein Mittel zur Förderung der allumwälzenden sozialen Revolution." Die Gewerkschaften führten daher ihren Namen zu Unrecht.

So geht es weiter. Im selbstverständlichen Gegensatz hierzu streicht das Handbuch die Unternehmerorganisationen und ihre lieben Kinder, die Arbeitswilligen, mächtig heraus.

„Die Ausstände gerade in den am besten geleiteten Werken", so heißt es auf Seite 40, „in denen die wirtschaftliche Lage der Arbeiter am günstigsten und die Fürsorge für sie am weitgehendsten war, mußten auch diese Unternehmer davon überzeugen, daß es bei den gegenwärtigen Arbeitskämpfen den Arbeitern vielfach in erster Linie nicht auf die Erlangung wirtschaftlicher Vorteile ankommt, sondern daß die modernen Kämpfe in den meisten Fällen einen wesentlich anderen Zweck haben, nämlich den, die Arbeiterorganisationen zunächst zwar zum mitbestimmenden, später aber zum alleinbestimmenden Teile bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen und der Auswahl der zu beschäftigenden Arbeiter zu machen unter Ausschaltung des Unternehmers." Die Abwehr hiergegen dürfe man den Unternehmern nicht verdenken, heißt es dann weiter im Stile der Arbeitgeber-Zeitung.

Folgerichtig wird den Arbeitswilligen im Handbuch Lob über Lob gezollt. Sie seien sogar für die Ausständigen nützlich.

„Die Anwerbung von Arbeitswilligen ist," so heißt es auf Seite 48: „einerseits geboten, um einen Rückhalt zu haben in den Auseinandersetzungen mit den Streikenden, deren Folgen oft genug nicht ohne weiteres erfüllbar sind, anderseits kann ein längerer Stillstand der Arbeit den Ruin des Betriebes zur Folge haben; die Aufträge können nicht erfüllt werden und gehen auf andere Betriebe über. In diesem Falle liegt die Fortführung der Arbeit durch Arbeitswillige sogar im Interesse der Streikenden, denen damit die bisherige Arbeitsgelegenheit erhalten wird."

Nach dieser volkswirtschaftlichen Leistung führt das Handbuch weiter auf Seite 49 aus:

„Die Versuche der sozialdemokratischen Agitation, die Arbeitswilligkeit als eine soziale Schande zu bezeichnen, sind durchaus zurückzuweisen."

Und:

„Wenn dann die Arbeiter, die diese Kämpfe unter Volks- und Berufsgenossen mißbilligen, ihrer abweichenden Meinung (!) Ausdruck geben, indem sie sich der Arbeit womöglich in erhöhter Anstrengung zuwenden, so verdient dieser Mut einer eigenen Ueberzeugung lebhafte Anerkennung."

Mehr kann man wirklich nicht zugunsten der „dem Staate besonders nützlichen Elemente" verlangen.

Die vom organisierten Unternehmertum unterhaltene Organisation des Reichsverbandes brauchte nun die Arbeiterschaft in der Agitation zur Reichstagswahl nicht sonderlich mehr zu kümmern als die Scharfmacherverbände selbst, die unserer Partei vortreffliches Agitationsmaterial liefern, deren Leiter aber hübsch im Hintergrunde bleiben und sich vor einem öffentlichen Auftreten, vor einer Rechtfertigung ihrer volksfeindlichen Bestrebungen in einer jedermann zugänglichen Wählerversammlung weislich hüten.

Ganz anders liegen die Dinge aber beim Reichsverband. Was die Scharfmacher selber nicht leisten mögen, müssen ihre Mietlinge, die Agenten des Verbandes, tun. Diese Leute werden bezahlt dafür, daß sie sowohl in Flugblättern wie in Versammlungen der Arbeiterschaft und ihren Organisationen mit allen schimpflichen Mitteln, wie sie hier gekennzeichnet sind, mit Lügen und Verleumdungen entgegentreten. Die Arbeiterschaft, wenigstens soweit sie sozialdemokratisch gesinnt ist, hat in hunderten Versammlungen bewiesen, daß sie auch die Argumente des Gegners, mögen sie noch so unrichtig sein, ruhig anzuhören und sachlich zu widerlegen weiß, immer als selbstverständlich vorausgesetzt, daß dieser Gegner es ehrlich mit seinen Ansichten meint.

Diese Voraussetzung trifft aber bei den Agenten des Reichsverbandes in keinem Falle zu. Sie haben keine politische Ueberzeugung, wenigstens geben sie positiv keine kund, sondern sind vom Reichsverband gegen Barzahlung dazu angestellt, daß sie heute den Konservativen, morgen den Nationalliberalen, übermorgen den Freisinnigen und bei der Stichwahl vielleicht gar dem jetzt von ihm bekämpften Zentrum in Versammlungen Handlangerdienste leisten. Handlangerdienste schmutzigster Art, indem sie die Sozialdemokratie und deren Führer im besonderen und die organisierte, selbständig denkende Arbeiterschaft im allgemeinen durch Lügen handgreiflichster Art, durch vergiftete Waffen zu provozieren suchen. In keinem Kulturlande dürfte ein Beispiel gleich politischer Verkommenheit aufzutreiben sein, wie sie sich gegenwärtig in Deutschland bei den Reichsverbändlern zeigt. Sache der Arbeiterschaft wird es sein, es sich zu überlegen, ob sie diesen Söldlingen in Versammlungen noch mit der Rücksicht begegnen darf, die sie sonst dem politischen Gegner gern gezollt hat.

Hoftheater.

Gestern Abend bekamen wir eine Reprise von **Schillers Jungfrau von Orleans.** Am ersten Weihnachtsfeiertag fand bekanntlich die erste neu einstudierte Wiedergabe des unvergänglichen Werkes statt. Wir waren da an der Ausübung unseres Berichterstatterdienstes verhindert, holen somit heute das Versäumnis nach. Besonderes Interesse gewann auch die gestrige Vorstellung dadurch — sie wurde sogar zu einem gewissen Ereignis für uns — als eine junge Anfängerin sich als ersten theatralischen Versuch in der Titelrolle vorstellte. Wie wir ferner gehört haben, soll die Intendanz Engagementsabsichten mit dem Auftreten von Frl. Anna Glenk aus München verbinden. Wenn dem so ist, so können wir der Intendanz zu dieser Acquisition nur gratulieren, denn Frl. Glenk hat nach ihrer gestern abgelegten Feuerprobe sich auf das denkbar beste eingeführt und die Sympatie des Karlsruher Publikums gleich von Anfang an auf ihrer Seite gehabt. Wir haben es hier zweifellos mit einem besonderen Talent zu tun, das bewies das ganze mühelose, frische und vor allem sichere Auftreten der Künstlerin. In dieser Hinsicht gestaltet sich unser Richteramt insofern einigermaßen interessant, als wir gestern gleich die ernste kritische Lupe einsetzen konnten, mit der wir sonst unsere „Gäste auf Engagement" uns betrachten. Befangenheit sowie klebriger, schulmäßiger Vortrag kamen bei ihr ganz in Wegfall. Sie brachte ein modulationsfähiges, sympatisch anschlagendes Organ mit, besitzt eine korrekte, deutliche Aussprache und zum Dritten eine große schmiegsame und anmutige Erscheinung, letzteres eine Mitgift, die für die Heroin von schätzbarem Wert ist. Was wir an ihrer „Jungfrau" auszusetzen haben, sind Schwächen, die nur in der noch nicht voll entwickelten Technik der Vorstellungsweise begründet sind. So ist das Heroische, Begeisternde ihres Wesens wohl zu glauben gewesen, doch lange nicht genügend hervorgetreten. Den eigentlichen dramatischen Accent bekamen wir ebensowenig zu spüren, wie den großen Zug, der uns bis zur höchsten dramatischen Steigerung des 3. Aktes führen sollte. Und hier vermißten wir wieder dann den deutlichen Ausdruck ihres Seelenkampfes, den zwischen ihrem Herzen und ihrer göttlichen Sendung: also zusammengenommen, die große Charakterentwicklung von ihrer Vision bis zum tragischen Ende auf dem Schlachtfelde muß noch zum deutlicheren Ausdruck kommen. Aber dieses Monitorium, das sich hier in der Darstellung ziemlich breit ausnimmt, soll nicht den günstigen Gesamteindruck, den wir von Frl. Glenk empfingen, wieder trüben, vielmehr soll er uns mit Zuversicht in die künftige Zeit blicken lassen, wo wir wieder eine würdige Nachfolgerin unserer früheren Heroin Frau Mina Höcker als zu unserm festen Besitz zählen dürfen.

Das Zusammenspiel in den übrigen zahlreichen Einzelrollen war im allgemeinen ein befriedigendes zu nennen. Die Schwierigkeiten, die sich stets in der Darstellung der Schlachtenszenen mit kriegerischem Getöse und nervös vorbeieilenden Soldaten ergeben, dürften bei weiteren Wiederholungen und fester Regieband noch besser zu überwinden sein, wodurch solche Szenen an Geschlossenheit gewönnen. Die beste Leistung des Abends bot wieder Herr Herz, der den Grafen Dunois mit männlicher Kraft und Eindringlichkeit gab. Felix Baumbach gab sich alle Mühe, sich mit der für sein Temperament wohl zu weichlichen Rolle des siebenten Franzosenkönigs Karl abzufinden. Dessen Geliebten Agnes Sorel erging es ähnlich wie ihrem königlichen Herrn. Frl. Podechtels Temperament ist auch für andere Rollen geschaffen als für die minnigliche Agnes.

Sollen wir noch mehr der anzuerkennenden Leistungen der vielen Mitwirkenden einzeln aufzuzählen fortfahren? Etwa noch die Herren Mark (Herzog von Burgund), Reiselträger (Du Chatel), Keller (Erzbischof von Rheims), Höcker (Ritter Raoul), Wassermann (engl. Feldherr Talbot), Seidler (Lionel), Heinzel (Fastolf), Kempf (Vater Johannas), Krones (Freier Johannas), dann die Damen Müller und Genter (Schwestern Johannas), Frauendorfer (Königin Isabeau). Die jetzt noch übrig bleibenden kleineren Rollenvertreter mögen sich nach Verdienst anerkannt betrachten. Dem rasch für Herrn Koch eingesprungenen Herrn Alex. Kökert vom Mannheimer Hof- und Nationaltheater noch einen besonderen Dank!

Das sehr zahlreich versammelte Publikum zeigte sich besonders dem „Erstling" gegenüber sichtlich gewogen und spendete verdienten Beifall!

Spielplan des Großh. Hoftheaters.

Samstag, 5. Jan. Ab.-Abt. C. 27. **Martha oder Der Markt von Richmond,** Oper in 4 Akten von Flotow. Lyonel: Curt Frederich vom kgl. Theater in Wiesbaden als Gast. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Sonntag, 6. Jan., nachmittags 2 Uhr. 20. Vorst. auß. Ab., **Frau Holle,** Weihnachtsmärchen in 6 Bildern von C. A. Görner. Musik von E. Spies. Ende gegen 5 Uhr.

Sonntag, 6. Jan, abends 7 Uhr. Ab.-Abt. B. 29. **Der Wildschütz oder Die Stimme der Natur,** komische Oper in 3 Akten, nach Kotzebue frei bearbeitet, Musik von Albert Lortzing. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Montag, 7. Jan. Ab.-Abt. A. 28. **Hänsel und Gretel,** Märchenspiel in 2 Akten (8 Bildern) von Adelheid Wette. Musik von Engelbert Humperdinck. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Dienstag, 8. Jan. Ab.-Abt. C 28. **Der Familientag,** Lustspiel in 3 Akten von Gustav Kadelburg. Anfang 7 Uhr, Ende 9 Uhr.

Die Abonnementskarten für das 3. Quartal können vom 7. bis mit 26. Januar an der Vorverkaufsstelle eingelöst werden.

Theater in Baden.

Mittwoch, 9. Jan. 12. Ab.-Vorst. Neu einstudiert: **Heimg'funden.** Wiener Weihnachtskomödie in 3 Akten von Ludwig Anzengruber. Anfang 1/2 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Aus der Partei.

397 sozialistische Kandidaten,

ebenso viele als es im Reich Wahlkreise gibt, stellt die Sozialdemokratie für den 25. Januar auf. 341 sind bereits nominiert, die restlichen 56 folgen in den nächsten Tagen, so daß spätestens Mitte nächster Woche die Phalanx der sozialistischen Angriffsarmee lückenlos geschlossen ist.

Keine andere Partei ist in der Lage, uns diese strotzende Machtentfaltung nachzumachen.

Wahlvorbereitungen.

Kuttelingen, 4. Jan. Morgen, Sonntag, spricht Genosse Redakteur A. Weißmann-Karlsruhe in der Arbeiterversammlung über die bevorstehende Reichstagswahl. Die Versammlung wird punkt halb 8 Uhr eröffnet.

Daxlanden, 5. Jan. Die für morgen angekündigt gewesene Wählerversammlung findet später statt.

Heidelsheim, 5. Jan. Morgen Sonntag Nachmittag 3 Uhr wird Arbeitersekretär Willi aus Karlsruhe im Adler im benachbarten Helmsheim und abends halb 7 Uhr hier im Adler über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprechen. Die Versammlungen werden voraussichtlich stark besucht werden.

Bretten, 4. Jan. Den Parteigenossen von hier und Umgebung zur Nachricht, daß der Volksfreund in folgenden Wirtschaften aufliegt: Schweizerhof, Wilhelmshöhe, Zähringer Hof, Engel und bei Ferdinand Keff. Wir bitten die Genossen, diese Wirtschaften besonders zu berücksichtigen.

Eine Abschrift der Wählerliste liegt beim Genossen Pegero, Postweg 16, auf und es können dort die Genossen Einblick nehmen.

S.P **Offenburg,** 4. Jan. Heute (Samstag) erwartet man im Wahlverein Vorwärts, daß die Parteigenossen und Gewerkschafter lückenlos sich zusammenfinden für die Wahlarbeit. Es muß jeder eine Ehre darin finden, seine Kraft für den großen Ehrentag des arbeitenden Volkes ungekürzt einzusetzen.

Villingen, 4. Jan. Sonntag, 6. Januar, findet hier und in der Umgebung die erste Flugblattverbreitung statt und ist es Pflicht aller Parteigenossen, daß sie sich an dieser Arbeit beteiligen. Behufs Entgegennahme der Flugblätter wollen sich alle am Sonntag Vormittag halb 10 Uhr in der Flasche einfinden. Jetzt heißts gearbeitet, wenn wir auf Stimmenzuwachs rechnen wollen! Also keiner zurück!

Badische Chronik.

Pforzheim.

4. Januar.

— **Sonntag, früh 8 Uhr, Flugblattverbreitung in der Stadt!**

Die Genossen treffen sich pünktlich im Tivoli um 8 Uhr. Um die Verbreitung rasch und gründlich zu erledigen, ist eine große Zahl von Helfern nötig. Komme daher jeder, der seine Kräfte in den Dienst der Wahlbewegung stellen will.

Freiburg.

4. Januar.

— Um die kolonialfeindlichen Mächte zu vernichten, ist die Breisgauer Zeitung auf ein neues Mittel verfallen. Sie veröffentlicht einen Brief von der Schwester eines in Afrika gefallenen Kriegers, welche untröstlich darüber ist, daß ihr Bruder für nichts als einen bedenklichen Begriff gekämpft haben soll. Um nun dieser Dame den Trost nicht zu rauben, sollen immer noch mehr Millionen in die trostlosen Sandwüsten gesteckt werden in der Hoffnung, „daß dem deutschen Volk, wenn auch in ferner Zukunft, Segen daraus erspriesse".

— Wahlversammlungen finden statt am Samstag Abend in Theningen, am Sonntag Nachmittag in Seran, Heimbach und Denzlingen, am Sonntag Abend in Kolmarsrente und Malterdingen. Wir bitten die Genossen, für guten Besuch zu sorgen.

— Für den Wahlfond gingen ein: Gesammelt in Auerhahn 8,80 Mk. Genossen, vergeßt nicht den Wahlfond.

Müllheim, 3. Jan. Eine drollige Geschichte passierte jüngst im Speisewagen des Schnellzuges nach Freiburg. Mehrere biedere und echte Markgräfler Frauen fuhren von Müllheim, um Weihnachtseinkäufe zu machen, nach Freiburg. Vor Abgang des Zuges tranken sie, wie dies echten Markgräflerinnen gut ansteht, bei Frau Müller am Bahnhof Müllheim einen Liter Markgräfler, als plötzlich der Weinhändler B. mit den Worten hereintrat: „Ach schade, meine Damen, jetzt wollte ich Sie gerade zu einem Gläschen Wein einladen." — „Herr B., tun Sie Ihren Gefühlen keinen Zwang an, das können Sie während der Fahrt im Speisewagen nachholen".

Als die Gesellschaft nun in den Speisewagen eingestiegen war, murmelte der Kellner: „Aha, die wollen wohl auch nur Zuckerwasser trinken." Die Damen ärgerten sich sehr über den Vorwitzigen; Herr B. aber bestellte zwei Flaschen Markgräfler Edelwein. Als der Kellner die feinen Flaschen servierte, mußte er zur Strafe für sein vorlautes Wesen von einer Dame die Bemerkung hören: „So, bringen Sie jetzt das Zuckerwasser?" Allerdings Zucker mag ja genug darin sein." Herr B. schenkte den Wein fein säuberlich ein, drehte dann aber die Flasche dieser Dame so zu, daß sie die Etikette lesen konnte, worauf sie die Geschäftsfirma des Herrn B. erblickte. Nicht wenig erschreckt über ihre übel angebrachte Bemerkung wollte sie sich verbessern und fügte nach mehreren schlürfenden Zügen des köstlichen Tropfens hinzu: „Ja, ja, Herr B., das ist allerdings was anderes, als der alte Müllheimer Bahnhof, schade, daß wir überhaupt von jenem zuerst getrunken haben."

Im gleichen Augenblick aber erhielt sie von ihrer Nachbarin einen ordentlichen Ruck, und als sie sich umsieht, erblickt sie — Frau Müller vom Müllheimer Bahnhof. Zuerst ein leises Kichern, dann ein schallendes Gelächter der ganzen Gesellschaft. „Zum Dunder . . . . ." ruft sie ärgerlich aus, „jetzt will ich mirs aber überlegen, ehe ich wieder was schwätz, zum drittenmal will ich meinen Schnabel nicht verbrennen."

* **Diedelsheim** (A. Bretten), 4. Jan. In der Neujahrsnacht wurden in das Schlafzimmer des hiesigen Waldhüters drei scharfe Schüsse abgegeben, die die Fenster zertrümmerten, sonst aber niemanden verletzten. Der Tat verdächtig wurde ein 16jähriger Schreinerlehrling verhaftet. Durch ein in die Fachwerkwand von außen geschlagenes großes Loch wurde er in der gleichen Nacht aus dem Ortsarrest befreit. Andern Tages wurde der Bursche wieder festgenommen. Untersuchung ist eingeleitet.

* **Offenburg**, 4. Januar. Die Großstadt-Entwickelung Offenburgs gedieh schon schon soweit, daß das hiesige Warenhaus Steinberg mit dem Personal des Stadttheaters eine Vorstellung auf der Bühne des Dreikönigsaales veranstaltet zu sehr mäßigen Preisen. Die Eintrittskarten sind nur im Warenhaus zu kaufen. Diese Reklame für das kapitalistische Unternehmen erregte in amtlichen und ethischen Kreisen moralisierenden Widerspruch; aber hindern können sie's nicht. Viel besser wäre es, die Hüter der guten Sitte würden sich einmal um die Entlohnung des Personals, um die Ausdehnung seiner Arbeitszeit in den letzten Wochen, um die Art der Bestrafung und um die hygienischen Geschäftsverhältnisse bekümmern.

-a. Für die Leitung der städtischen Kleinkinderschule sollte eine in der Fröbel'schen Pädagogik gebildete Lehrerin angestellt werden. Vielleicht finden sich geeignete Damen unter dem Leserkreis des Volksfreund.

Oppenau, 4. Jan. Ein Riesenschwein schlachtete Ludwig Doll, Schüschetbauer in Ramsbach. Dasselbe hatte das respektable Gewicht von 5 Zentnern. Vor einigen Jahren schlachtete derselbe ein eben solches Riesenspanferkel von 5 Zentner 60 Pfund.

* **Bühl a. Rh.**, 4. Jan. Zu der schrecklichen Bluttat, die sich in der Neujahrsnacht hier ereignete, ist zu melden, daß der Täter der 18 Jahre alte Fabrikarbeiter Franz Xaver Ritter ist. Zum Opfer fiel ihm der Fabrikarbeiter Josef Schwörer. Ritter versetzte dem Schwörer ohne allen Grund einen Stich in den Kopf, der nach anderthalb Stunden den Tod zur Folge hatte.

* **Konstanz**, 4. Jan. Bei der Fabrik Herose wurde die Leiche eines gewissen Albert Sturzenegger aus Herisau geländet. Dieselbe lag anscheinend schon längere Zeit in den Fluten des Rheins. Es dürfte Selbstmord vorliegen.

Die Besetzung der Stelle eines 1. Bürgermeisters

dürfte aller Voraussicht nach nicht so glatt von statten gehen. Eine von den hiesigen Technikervereinen einberufene Versammlung hat sich vor einigen Wochen mit dieser für unser Gemeinwesen sehr wichtigen Frage beschäftigt und ist einmütig zu dem Ergebnis gekommen, den berufenen Körperschaften die Wahl eines Technikers zum 1. Bürgermeister zu empfehlen. Der Stadtrat hat in seiner vorletzten Sitzung ebenfalls zu der Sache Stellung genommen. Er lehnt die Wahl eines Technikers zum 1. Bürgermeister entschieden ab. In einem längeren, an den Vorsitzenden der erwähnten Versammlung gerichteten Schreiben, sucht der Stadtrat seinen ablehnenden Standpunkt zu begründen. Zunächst verweist er darauf, daß an der Spitze der städtischen technischen Ressorts tüchtige technische Kräfte stehen, welchen eine Reihe technischer Beamten zur Unterstützung beigegeben sind. Der Stadtrat hält zur Bewältigung der Verwaltungsarbeiten die Wiederbesetzung der Stelle eines 1. Bürgermeisters mit einem staatswissenschaftlich oder kameralistisch gebildeten Beamten für absolut notwendig. Nach einem technischen Bürgermeister sei nicht das geringste praktische Bedürfnis vorhanden. Um den Verkehr zwischen den technischen Ressorts und dem Stadtrat zu vermitteln, dazu bedürfe es keines technischen Bürgermei[illegible] das könnten die juristisch gebildeten sehr wohl. Des weiteren befürchtet der Stadtrat Konflikte zwischen einem technischen Bürgermeister und den technischen Vorstehern der Einzelressorts, da sein Urteil immer reifer und schwerwiegender wäre, als das des betreffenden Amtsvorstandes, ganz abgesehen von der wenig befriedigenden Situation, in welche die alten verdienten Stadtbauräte durch die Berufung eines jüngeren Technikers in das Bürgermeisteramt versetzt würden. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem technischen Bürgermeister und den technischen Aemtern aber hätte nach wie vor der Stadtrat zu entscheiden. Im übrigen besitze der Stadtrat unter seinen ehrenamtlichen Mitgliedern stets eine Anzahl in technischen Berufen stehende Männer. Sachlich wäre hiernach mit der Besetzung der Stelle des 1. Bürgermeisters durch einen Techniker für die Lösung der Aufgaben der Stadtverwaltung gar nichts gewonnen; wohl aber würde deren Lage entschieden verschlechtert, weil sie an Stelle einer dringend notwendigen Arbeitskraft eine überflüssige eintauschen würde.

Dann heißt es weiter: Nun kann dem allerdings entgegengehalten werden, daß die leitenden technischen Beamten so lange nicht den nötigen Einfluß auf die Entschließungen des entscheidenden Kollegiums (des Stadtrats) besitzen, als sie diesem nicht selbst als Mitglieder angehören, also entweder Bürgermeister oder Stadträte sind. Theoretisch und formell erscheint dieser Einwurf nicht unberechtigt, und wir stehen dem Gedanken, den Chefs der wichtigsten technischen Verwaltungen Sitz und Stimme im Stadtrat zu verschaffen, grundsätzlich nicht ablehnend gegenüber. Zurzeit läßt sich dieser Gedanke aber nicht verwirklichen, weil die badische Städte-Ordnung besoldete Stadträte nicht kennt. Eben dadurch ist man genötigt, die Stadtbauräte als städtische Beamte, nicht als Stadtratsmitglieder anzustellen. Tatsächlich hat indessen dieser Zustand noch nirgends zu Mißständen geführt. Insbesondere ist es in unserer Stadt noch nie vorgekommen, daß der Stadtrat etwa irgend eine wichtige Frage technischer Natur gegen den Willen des verantwortlichen technischen Beamten entschieden hat — ganz abgesehen davon, daß eine solche Entscheidung auch dann nicht ausgeschlossen wäre, wenn die Stadtbauräte Sitz und Stimme im Stadtrat hätten — oder ein Bürgermeister Techniker wäre. Das gleiche gilt auch vom Bürgerausschuß. Um den leitenden Technikern den nötigen Einfluß auf die Entscheidungen des Stadtrats zu sichern, ist hier eine Kommission gebildet, die sogenannte Baukommission, in der die Vorstände aller technischer Aemter neben den Bürgermeistern und den technisch gebildeten Mitgliedern des Stadtrats Sitz und Stimme haben und in der alle technischen Fragen auf Vortrag der zuständigen technischen Beamten eingehend beraten werden, bevor sie an den Stadtrat gelangen. Der Stadtrat selbst aber zieht zur Beratung wichtiger Gegenstände technischer Natur die betreffenden technischen Beamten zu, und ebenso wird bei Beratung solcher Gegenstände im Bürgerausschuß verfahren. Noch niemals ist uns denn von Seiten unserer technischen Beamten die Klage vorgetragen worden, daß sie nicht Gelegenheit gehabt hätten, in technischen Fragen ihre Meinung zur Geltung zu bringen oder daß diese nicht genügend respektiert worden sei. So schrumpft die ganze Technikerfrage unseres Erachtens auf eine Angelegenheit von mehr formaler Bedeutung, man könnte fast sagen in eine Etikettensache zusammen.

Der Stadtrat hat demzufolge die Wiederbesetzung der Stelle eines 1. Bürgermeisters durch einen juristisch gebildeten Beamten beschlossen und ein entsprechendes Ausschreiben erlassen.

Den Bürgerausschuß, der in dieser Sache doch auch etwas mitzusprechen hat, hat man einfach auf die Seite geschoben. Offenbar glaubt man im Stadtrat, der Bürgerausschuß sei auch in diesem Falle nur ein Jaknappeapparat. Da dürfte man sich aber doch täuschen. So einfach liegen die Dinge denn doch nicht, wie sie sich der Stadtrat vorgestellt hat. Seit Jahren ist man hier in der Wahl für die Besetzung dieser verantwortungsvollen Stellen nicht vorsichtig genug gewesen. Glaubt nun der Stadtrat, daß, nachdem einmal schwere Fehler durch Uebereilungen begangen wurden, man auf diesem Wege einfach weiterzugehen habe? Für solche Posten sind die Tüchtigsten gerade gut genug. Aber auf diesen Gesichtspunkt hat man hier bei verschiedenen Wahlen lange nicht genügend Rücksicht genommen. Mußte denn der erste beste Stadtrechtsrat zum 2. Bürgermeister gewählt werden? Konnte man diese Stelle nicht auch ausschreiben? Die sozialdemokr. Stadtverordneten sind es herzlich satt, zu solchen Wahlen, wie sie in den letzten Jahren hier vorgenommen wurden, einfach Ja und Amen zu sagen. Wenn der Stadtrat glaubt, auf die weitere Vertretung der Karlsruher Bürgerschaft keine oder nur konventionelle Rücksichten nehmen zu müssen, so werden wir diesmal gegen eine solche Auffassung energischen Protest erheben. Wir wollen für die hohen Gehälter diese wichtigsten Posten nicht mit plattester Mittelmäßigkeit besetzt haben. Auch ist die Frage, ob ein Techniker auf den Posten eines 1. Bürgermeisters gestellt werden soll, keineswegs so im Handumdrehen abzutun, wie das der Stadtrat in seinem Schreiben glaubt machen zu können. Der Techniker ist heute in der städtischen und staatlichen Verwaltung so wichtig und ebenso zu gebrauchen, wie der Jurist. Unsere Elektrizitätswerksfrage wäre seinerzeit anders gelöst worden, wenn die Techniker nicht so einflußlos in der Stadtverwaltung wären. Ein tüchtiger Techniker schwört nicht so leicht, wie es damals geschehen ist, auf die Autorität eines anderen Technikers, sondern er prüft selbst. Hat denn der Stadtrat gar keine Kenntnis von der Stimmung in den hiesigen Geschäftskreisen? Die Leute wissen, warum sie einen tüchtigen Techniker als 1. Bürgermeister wollen und die Techniker selbst wissen es auch.

Item, wir protestieren dagegen, daß man den Bürgerausschuß in dieser wichtigen Frage einfach auf die Seite zu schieben versucht und fordern, daß, ehe der Stadtrat weitere Entschließungen in dieser Sache trifft, der Bürgerausschuß gehört und befragt wird. Die badischen Bürgerausschüsse sind ohnehin degradiert genug, es wäre unverantwortlich, wenn sie sich in einer Frage, wo sie mitzusprechen haben, ohne weiteres vor eine fertige Tatsache stellen ließen. Jedenfalls geben die sozialdemokr. Stadtverordneten zu einer solchen Behandlung der Angelegenheit unter keinen Umständen ihre Zustimmung.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 5. Januar.

Die Wählerlisten

für die hiesige Stadt können nun von heute an in folgenden Lokalen eingesehen werden:

Restauration Möhrlein, Kaiserstraße 13, für Ost-, Alt- und Mittelstadt;

Restauration Schaufelberger, Rüppurrerstraße, für die Südstadt;

Restauration Prinz Heinrich, Kurvenstr. 19, für die Südwststadt;

Restauration Eberle, Lessingstraße, für die Weststadt;

Restauration Rheinkanal, Rheinstraße, für Mühlburg.

Es müssen **alle jene Wähler nachsehen und sofort ihren Eintrag beim Sekretariat II auf dem Rathaus veranlassen, welche bis jetzt noch keine Karte vom Bürgermeisteramt erhalten haben, worin mitgeteilt ist, daß sie in der Wählerliste stehen.**

Wer die Bedingungen als Wähler erfüllt, d. h. bis zum 25. Januar 25 Jahre alt ist, kann noch bis zum **17. ds. Mts.** in die Wählerliste eingetragen werden, wenn er versehentlich in derselben bis jetzt nicht verzeichnet war.

Versäume also niemand, dieser Aufforderung nachzukommen, **denn wer nicht in der Wählerliste steht, hat auch kein Wahlrecht!**

Nochmals: Das versiegelte Schlüsselloch.

In der Hoftheater-Angelegenheit wurde auch im Landesboten und in der Landesztg. gehaussucht. Die Untersuchung erstreckte sich sogar auf die körperliche Durchsuchung der Redakteure. Leider war in dem einen Falle diese Durchsuchung von Erfolg begleitet; bei einem der Redakteure dieser beiden Blätter wurde ein Brief gefunden, der die Spuren auf den Einsender der fraglichen Notiz lenkte.

Das ganze Verfahren ist unverständlich. Das Hoftheater wird auch künftig der Kritik unterworfen werden, wenn sich die Notwendigkeit dazu herausstellt. Man gebe endlich den Bitten des Personals nach und man kann sich und der Presse polizeiliche Aktionen sparen.

Sie lachten . . .

Als in der letzten Bürgerausschußsitzung die Stadtväter sich über die vielen, mit der Eingemeindung zusammenhängenden Fragen schlüssig zu machen hatten, benutzte Genosse Maier den Anlaß, um auf die bekannte Frage der Leichenhalle in Mühlburg einzugehen. Und wie verhielt sich die Bürgerausschußmehrheit dazu? Im Bericht stoßen wir auf den folgenden Passus:

> Der Vorsitzende weist den Vorredner darauf hin, daß die Einverleibung von Mühlburg schon im Jahre 1886 erledigt worden sei (allgemeine Heiterkeit) und nicht auf der heutigen Tagesordnung stehe; es sei daher nicht zulässig, über die Mühlburger Angelegenheit zu sprechen.

Die Herren ergingen sich in allgemeiner Heiterkeit. . . . Der Beschwerdeführer mag sehen, wo und wie und wann seine Beschwerde erledigt wird. Der Fall stand ja nicht auf der Tagesordnung. Und im Stadtrat haben er und seine Gesinnungsgenossen nichts zu sagen. Mit „allgemeiner Heiterkeit" geht man über die Rechtlosmachung der Arbeitervertreter hinweg.

Nur weiter auf diesem Wege!

Der „Sumpf".

Eine billige Ausgabe ist von dem amerikanischen Schlachthausroman hergestellt. Bisher mußten für die Buchausgabe 4,50 Mk. bezahlt werden. Der Verlag Svanholtz in Hannover hat jetzt den Preis auf 1,80 Mk. broschiert und auf 2,80 Mk. für das gebundene Exemplar festgesetzt.

Beide Arten des ein Zeitgemälde darstellenden Romans sind durch die Buchhandlung des Volksfreund zu beziehen.

Die Verteidigung des Mörders Hau

hat Rechtsanwalt Dr. Ed. Dietz von hier übernommen. Hau wird morgen von Hamburg aus nach Karlsruhe überführt.

Antwort

über unsere Briefe an eine Arbeiterfrau gibt uns eine Leserin. Was sie schreibt, ist innerlich stark empfunden und wir geben es unverkürzt wieder, obwohl manche Ehemänner aus Arbeiterkreisen mit der Kritik nicht verschont werden. Sie schreibt also:

> . . . Die Briefe dieser Genossen sind schön und lehrreich und dienen gewiß auch sehr zur Aufklärung mancher Arbeiterfrau; doch glaube ich nicht fehl zu gehen, wenn ich im Sinne vieler Frauen Aufschluß darüber gebe, warum die Arbeiterfrau so häufig dagegen ist, wenn der Mann der Partei angehört und organisiert ist. Das liegt vor allem in der Erziehung des Mannes selbst. Ich verkehre eigentlich in einem nur ganz engen Kreis und muß doch leider die Erfahrung machen, daß ein anständiges gemütliches Familienleben oft ganz untergraben ist und die Frau und Kinder Nebensache sind, also sehr darunter leiden. Denn die Versammlungen dauern oft ganze Nächte. Der Mann glaubt seine Pflicht getan zu haben, wenn er für seine Familie arbeitet, sie also ernährt. Da ist es nicht zu verwundern, wenn die Frau kein Interesse hat. Sie werden mir antworten, das sind persönliche Verhältnisse, allerdings kommt es auf die Person des Mannes an, aber durch die vielen Versammlungen gibt es Gelegenheit und Freunde. Man sollte auch in den Versammlungen ernste Mahnungen an die Männer richten, wie sie gegen die Frau und Kinder sein sollen. Dann wird das Interesse sich bei der Frau, nachdem sie genügend aufgeklärt ist, warum der Mann organisiert sein muß, von selbst regen und sie wird Liebe dazu bekommen. Also, Ihr Männer, erzieht Euch ein klein wenig selbst und Ihr erzieht zugleich dadurch Eure Frau.
>
> Eine Arbeiterfrau.

Den Klagen der Einsenderin kann man die Berechtigung nicht versagen!

Parteigenossen!

Besucht die Wähler-Versammlungen.

* **Die Chronik von Karlsruhe für 1905** ist erschienen. Sie gibt wertvolles Material über das wirtschaftliche und geistige Leben in der badischen Residenz. Den Wunsch können wir nicht unterdrücken, daß ihre Bearbeitung etwas rascher vor sich gehen möge. Wir leben bereits im Jahre 1907 und können uns schwer auf alle Einzelheiten des Jahres 1905 besinnen. Dem schnellebigen Zuge der Zeit sollte man mehr Rechnung tragen.

* **In Rintheim** beträgt die Zahl der Reichstagswahlberechtigten 414 gegen 363 im Jahre 1903.

* **Gewerbeverein Karlsruhe** (e. V.) Zur Feier seines 75jährigen Bestehens veranstaltet der Gewerbeverein am Sonntag den 13. Januar d. J., vormittags halb 11 Uhr, im kleinen Festhallesaal einen Festakt und abends halb 8 Uhr im Festsaal des Friedrichshofs einen Familienabend.

* **Schwerer Unfall.** Am 3. ds. Mts., abends 6 Uhr, überschritt ein lediger Erdarbeiter von Littenweiler (Amt Freiburg) in angetrunkenem Zustand in der Kaiserallee bei der Brauerei Printz kurz vor einem nach der Stadt fahrenden Wagen der elektrischen Straßenbahn das Gleise. Auf die Warnungssignale des Wagenführers lief der Erdarbeiter, der schon auf der anderen Seite des Schienenstrangs war, plötzlich wieder zurück, so daß er, trotzdem der Wagenführer den Wagen sofort zum Stehen zu bringen suchte, erfaßt und zu Boden geworfen wurde. Trotzdem der Mann nicht unter den Wagen, sondern nur vor die Schutzvorrichtung zu liegen kam, erlitt er solche Verletzungen, daß er in bewußtlosem Zustand in die nächste Polizeistation am Mühlburger Tor getragen und von dort ins Spital verbracht werden mußte. Im Krankenhaus wurde bei dem Verunglückten eine Gehirnerschütterung, eine Wunde am Kopf und eine Quetschung am Fuß konstatiert.

(Fortsetzung im zweiten Blatt.)

Aus dem Reiche.

Weiße Sklaverei.

Berlin, 3. Jan. Einblicke in den Sumpf des Mädchenhandels und der weißen Sklaverei gestattete eine Anklage wegen Kuppelei, die den Bordellwirt Karl Brennecke aus Mährisch-Ostrau vor die zweite Strafkammer des Landgerichts I führte. Wir entnehmen darüber der Frankf. Ztg. folgendes:

Auf Grund einer bei der hiesigen Polizei eingegangenen Mitteilung ließ Kriminalkommissar von Treskow am 9. November abends auf dem Bahnhof Friedrichstraße den Angeklagten verhaften. Dieser war mit zwei Mädchen, die kurze Zeit in dem von ihm bewirtschafteten öffentlichen Hause tätig gewesen sind, hier angekommen und beabsichtigte, die Mädchen nach einem öffentlichen Hause in Lübeck zu überführen. Ein Mann in Mährisch-Ostrau hatte der hiesigen Zentralstelle für die Bekämpfung des internationalen Mädchenhandels Kunde von der geplanten Verschleppung gegeben und daraufhin erfolgte die Festnahme des Brennecke und die Ueberführung der beiden Mädchen in das Frauen-Rettungshaus Auguststraße 60.

Die Verhandlung ergab folgendes Bild: Die jetzt 21 bezw. 22 Jahre alten Mädchen sind frühzeitig dem Laster verfallen und auf ihren Wanderfahrten in die Hände einer Vermittlerin, Frau Schmidt in Troppau geraten. Durch diese kamen sie in die Sklavenhalterei des Angeklagten Brennecke, der in Mährisch-Ostrau ein polizeilich konzessioniertes öffentliches Haus unterhält. Sie befanden sich, wie dies bei solchen bedauernswerten Geschöpfen immer der Fall ist, bald ganz in der Gewalt des Angeklagten, der sie zunächst bei der Frau Schmidt, wo sie 7 fl. schuldig waren, auslöst und dann für ihre bessere Garderobe gesorgt hatte. Bei dem Angeklagten wuchsen ihre Schulden lawinenhaft an und nach 14 Tagen hatte die eine bei ihm schon 60 fl., die andere 90 fl. Schulden. Nun war in Mährisch-Ostrau in der Zeit vor Weihnachten das „Geschäft" in solchen Häusern ein sehr mageres und so suchte sich der Angeklagte der beiden Mädchen wieder zu entledigen. Er hatte sie auch nur als „Durchgangsware" betrachtet.

Die Bordellwirte pflegen sich gegenseitig mit „Ware" zu versorgen und so hatte der Angeklagte eines Tages von dem Hauswirt Paul Schilling in Lübeck, der dort ein „Logierhaus für Mädchen" bewirtschaftet, die briefliche Aufforderung erhalten, ihm bei Gelegenheit doch zwei Mädchen zu „bringen". Für die Ueberführung der von ihm begehrten zwei Mädchen hatte Schilling gleich den Betrag von 120 Kronen mitgeschickt. Der Angeklagte hielt sich in seinem Hause nur 16- bis 17jähr. Mädchen. Er wußte aber, daß er dem „Kollegen" in Lübeck nur Mädchen bringen durfte, die über 21 Jahre alt waren und so hielt er die beiden, mit denen er die Reise über Berlin nach Lübeck antrat, für die geeigneten Objekte. Er redete ihnen zu, ihr weiteres Heil in Deutschland zu versuchen und hatte sie bald bestimmt, sich von ihm nach Lübeck bringen zu lassen. Wie die beiden Mädchen gestern vor Gericht bekundeten, hätten sie sich diesem Plane gar nicht widersetzen können, denn sie seien doch vollständig in der Gewalt des Brennecke gewesen. Für Bordellmädchen gäbe es in Oesterreich so gut wie gar kein Recht, da die Polizeibeamten den Bordellwirten gewöhnlich beistünden. Das eine Mädchen ist jetzt übrigens hier Dienstmädchen, das andere Kellnerin. Der Angeklagte behauptet, daß der Gedanke einer Uebersiedlung nach Deutschland von den Mädchen selbst ausgegangen sei.

Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu neun Monaten Gefängnis, einem Jahr Ehrverlust und Unzulässigkeit von Polizeiaufsicht. In dem Verbringen von Dirnen von einem Bordell zu einem anderen liegt nach Ansicht des Gerichts ein Vorschubleisten der Unzucht durch Vermittlung und Gewährung von Gelegenheit. Der Eigennutz bestehe in dem Erhalt der bereits fließenden Einnahmequellen als Bordellwirt. Auch halte der Gerichtshof gewohnheitsmäßiges Handeln für zweifellos vorliegend. Der Antrag des Angeklagten, ihn gegen 3000 Mark Kaution aus der Haft zu entlassen, wurde abgelehnt.

Letzte Post.

Noch ein sozialdemokratischer Beigeordneter.

Offenbach a. M., 4. Jan. Der sozialdemokr. Stadtverordnete Philipp Weipert wurde in der gestrigen Stadtverordnetensitzung zum unbesoldeten Beigeordneten gewählt, nachdem der in der letzten Sitzung gewählte Privatier Krumm aus Gesundheitsrücksichten das Amt nicht angenommen hat. Weipert ist Lederwarenfabrikant in Offenbach.

Gustav Jäckh †

Leipzig, 5. Jan. Genosse Gustav Jäckh, zuletzt Redakteur an der Leipz. Volksztg., ist gestern morgen gestorben. Jäckh war früher Redakteur der Mannheimer Volksstimme. Vor 2 Jahren wurde Genosse Jäckh von einer schweren Nervenkrankheit befallen, von der er gestern durch den Tod erlöst wurde. Ehre seinem Andenken.

Der Vatikan und die französische Regierung.

Rom, 4. Jan. Der Observatore Romano veröffentlicht folgende Note: Wie es scheint, will die französische Regierung einen Teil der im Gebäude der Nuntiatur in Paris am 11. Dezember beschlagnahmten Schriftstücke und zwar in Betreff bestimmter Persönlichkeiten veröffentlichen. Der heilige Stuhl erklärt hierzu, daß er schon jetzt jede Verantwortlichkeit für diese Veröffentlichungen ablehnt und daß er denjenigen Personen, die sich dadurch verletzt fühlen sollten, es überläßt, die geeigneten Schritte zur Wahrung ihrer Rechte zu tun. Der Observatore weist darauf hin, daß bei der Beschlagnahme keine Inventarisierung der beschlagnahmten Schriftstücke stattgefunden hat.

Kampf gegen die Lebensmittelsteuer.

Madrid, 4. Jan. In Alicante kam es wegen Einführung einer neuen Lebensmittelsteuer zu blutigen Zusammenstößen zwischen Gendarmen und Bevölkerung, wobei viele Personen getötet oder verwundet wurden.

Die Lage in Marokko.

Tanger, 4. Jan. Die Truppen, die nach Arzila abgegangen sind, sollen die Stadt nach ihrer Einnahme besetzen, während ein anderer Truppenteil nach Zinat weiter marschieren soll. Die Tore von Arzila sind auf Befehl Raisulis vermauert worden. Der Dampfer „Saidi" ist mit 150 Mann und einem Kruppschen Geschütz nach Arzila abgegangen, um die Stadt, wenn nötig, zu beschießen. 600 Mann berittener Truppen umgeben die Stadt auf der Landseite. In der Richtung auf Zinat sind 120 Mann mit 3 Geschützen. Der Angriff wird unverzüglich erfolgen.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Gesangverein Lassallia.) Die Tanzstunde findet am Sonntag, 6. Jan., abends 7 Uhr, anstatt mittags 4 Uhr statt. Um vollzähliges Erscheinen bittet 51 Karl Streicher Tanzlehrer.

Karlsruhe. (Gesangverein Altstadt.) Sonntag, 6. Jan., nachmittags 2 Uhr, findet im Lokal (Moritz Lutz) Mitgliederversammlung statt. Der wichtigen Tagesordnung halber erwartet zahlreiches Erscheinen 37 Der Vorstand.

Rintheim. (Soz. Partei.) Sonntag, 6. Januar, nachmittags 2 Uhr, in der Friedrichskrone: Generalversammlung. 19.2.1 Der Vorstand.

Bruchsal. (Soz. Partei.) Samstag, 5. Jan., abends halb 9 Uhr, im Einhorn: Generalversammlung. Vollzähliges Erscheinen erwartet Der Vorstand. NB. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. 31

Baden-Baden. (Soz. Verein.) Montag, 7. Januar, abends 9 Uhr, im Bratwurstglöckle: Versammlung. Wir bitten um vollzähliges Erscheinen. Flugblätter werden am Samstag, 5. Januar, ausgegeben. 38

Freiburg. (Gesangverein Freundschaft.) Sonntag, den 6. Jan., vormittags punkt halb 12 Uhr, bei Santo Zusammenkunft betr. Flugblattverbreitung und Mitwirkung bei der Christbaumfeier der Parteigenossen in St. Georgen. Zahlreiches Erscheinen erwartet 52 Der Vorstand.

Freiburg. (Gewerkschaftskartell.) Die auf nächsten Dienstag fällige Sitzung fällt aus. 53.2.1 Der Vorstand.

Quittung

für den Wahlfond des 10. bad. Reichstagswahlkreises Karlsruhe-Bruchsal.

Von einigen Mitgliedern der freien Turnerschaft in der Sylvesternacht bei Möhrlein 2,50 Mk. — Von der Schnauz-Spielgesellschaft bei Möhrlein 3,11 Mk. — Von Gipsern (Hirschduncker), gesammelt im Schrempp, 3,60 Mk. — Vom Bildhauerverein Karlsruhe 10 Mk. — Sammelliste Nr. 30 5,25. Summa 24,46 Mk.

Bisher quittiert 1123,19 Mk. Zusammen 1147,65 Mk.

Weitere Beiträge nimmt entgegen: Matth. Jäckle, Karlsruhe, Scheffelstraße 40.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für Leitartikel, Badische u. Deutsche Politik, Ausland, Gemeindezeitung und Letzte Post: Wilh. Kolb; für den gesamten übrigen Inhalt: A. Weißmann; für die Inserate: K. Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund Geck u. Cie., sämtliche in Karlsruhe.

Wähler-Versammlungen

im Wahlkreis Karlsruhe-Bruchsal.

Morgen Samstag, 5. Januar: In Rintheim, abends 8 Uhr in der „Friedrichskrone", Referent: Abg. **Adolf Geck.**

Sonntag, 6. Januar:

in **Rußheim**, nachmittags 3 Uhr in der „**Krone**",
in **Spöck**, nachmittags 3 Uhr in der Brauerei „**Hofheinz**",
in **Eggenstein** nachmittags 1/2 3 Uhr im „**Lamm**",
in **Karlsdorf** nachmittags 3 Uhr im „**Karlshof**",
in **Helmsheim** nachmittags 3 Uhr im „**Adler**".
in **Liedolsheim** nachmittags 1/2 **3** Uhr im „**Anker**",
in **Hochstetten** abends 1/2 **7** Uhr in der „**Krone**",
in **Heidelsheim** abends 1/2 **7** Uhr im „**Adler**".
in **Knielingen** abends **7** Uhr in der „**Krone**".

Referenten: **Adolf Geck, Eugen Geck, A. Heising, A. Hüber, W. Kolb, A. Schaier, A. Weißmann.**

Parteigenossen! Sorgt für einen Massenbesuch der Versammlungen!

32 **Das Wahlkomitee.**

Karnevalgesellschaft Alt-Karlsruhe.

Morgen Sonntag, 6. Januar findet im **Schrempp**-schen Bierkeller, Beiertheimer Allee 18 unsere diesjährige

Weihnachtsfeier

statt, verbunden mit **humoristischen Vorträgen und Gabenverlosung,** wozu wir Freunde und Gönner höflichst einladen. 55

Der Präsident.

Arbeiter-Wahlverein Brötzingen,

Sonntag den 13. Januar, abends 7 Uhr, findet im Saale zum „**Grünen Wald**" unsere

Weihnachtsfeier

statt, wozu wir unsere Mitglieder, deren Angehörige und Freunde freundlichst einladen. 44

Der Vorstand.

Gaben zur Verlosung können bei den Vorstandsmitgliedern, sowie im Gasthaus zum „Grünen Wald" angegeben werden.

Festhalle.

Sonntag den 6. Januar 1907, nachmittags 4 Uhr

Konzert

der vollständigen Kapelle des

1. Badischen Leib-Dragoner-Regiments Nr. 20.

Leitung: Stabstrompeter **Fritz Köhn.**

Eintritt: { Abonnenten **20** Pfg. / Nichtabonnenten **50** Pfg. 48

Soldaten und Kinder je die Hälfte.

Programm 10 Pfg.

Die Konzertabonnementskarten haben Gültigkeit.

Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

Apollo-Theater.

Samstag den 5. Januar

Keine Vorstellung.

Sonntag den 6. Januar

zwei grosse Gala-Vorstellungen

3 1/2 Uhr und 8 Uhr. 46

Auftreten nur Künstler I. Ranges.

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten die Mitteilung, daß meine liebe Frau

Marie Hock geb. Arn

nach kurzer Krankheit im Alter von 34 Jahren sanft entschlafen ist. 54

Pforzheim, 5. Januar 1907.

Fritz Hock.

Gewerkschaftskartell Karlsruhe

Samstag den 12. Januar, abends 8 Uhr

im grossen Saale der Festhalle

Grosser Masken-Ball

verbunden mit Preis-Verteilung

Wertvolle Preise für die schönsten und originellsten Gruppen und Einzel-Masken

Eintritt:

Saal und untere Galerie 1 Mk., Obere Galerie 50 Pf.

Tanzen frei! = Narrenkappe obligatorisch!

Eintrittskarten sind zu haben:

Bei sämtlichen **Vorständen** der **Gewerkschaften,** in der Expedition des **Volksfreund,** Luisenstr. 24, Zigarrenhdl, **Kehret,** Schützenstr. 37, **Töpper-Kurzmann,** Rüppurrerstr. 12, sowie bei **Möhrlein,** Kaiserstr. 13, **Lutz,** Durlacherstr. 81/83, **Eiche** Augartenstr. 60, **Schaufelberger,** Rüppurrerstr. 38, **Auerhahn,** Schützenstr. 58, **Eberle,** Lessingstr. 40 u. **Rheinhafen**-Mühlburg.

Zu zahlreicher Beteiligung ladet freundl. ein

50 **Das Komitee.**

Verheirateter

Cigarrenmacher

wo Familie mitarbeiten kann, findet bei hohem Lohn dauernde Stellung. Näheres durch „Volksfreund" sub. **H. V. R.** 41

Kleine Anzeigen.

1mal im Monat f. Abonn. gratis.

Körnerstr. 28, 3. St. r., ist ein gutes, freundl. möbl. Zimmer sofort od. später **billig** zu vermieten. Näheres daselbst.

Knabenüberzieher für ein Alt. von 12—14 Jahren sehr billig zu verkaufen. **Gutenbergstr. 5, 3. St.**

Kinderliegwagen ein gebrauchter, sehr bill. zu verk. **Kurvenstr. 11, 4. St. l.**

Kanarienhähne und Weibchen Stamm Seifert hat preisw. zu verkauf. **E. Barth, Pforzheim,** Scheuernbergstr 6.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten:

27. Dez.: Wilma Betty, Vater Max David, Viehhändler. 28. Dez: Sofie Elisabeth, Vater Friedrich Gempp, Diener. Hermina Barbara, Vater Wilhelm Kretz, Bierbrauer. 29. Dez.: Friedrich Karl Christian, Vater Christian Kammerer Briefträger. Mathilde, Vater David Berg, Kaufmann. Marie Theolinda, Vater Gottlieb Erzinger, Schuhmachermeister. Oskar Karl Eugen, Vater Eugen Wahl Stadtmissionar. 30. Dez: Rosa, Vater Jakob Knobloch, Installateur. 31. Dez.: Johann Oskar, Vater Franz Eisele, Wirt. Gertrud, Vater Dr. Gerson Hanauer, Professor. Otto, Vater Valentin Farrenkopf, Kutscher. Georg, Vater Johann Stoll, Küfer. Erich, Vater Heinrich Baumann, Kaufmann. Emil Ludwig, Vater Ludwig Benz, Schuhmacher. 1. Jan.: Hellmut Friedrich Haus, Vater Friedrich Jäger, Krankenhausverwalter. Anna Rosalia, Vater Valentin Egenberger, Schlosser 2. Jan.: Karl, Vater Karl Bürkle, Küfer und Bierbrauer. Otto Ludwig, Vater Otto Kern, Schlosser.

Bekanntmachung.

Die Lehrlingsvermittlung bei der städt. Arbeitsnachweisanstalt betr.

Bei der städtischen Arbeitsnachweisanstalt Zähringerstraße 112 sind fortwährend eine größere Zahl offener Lehrstellen in verschiedenen Berufen angemeldet. Die Vermittlung dieser Stellen erfolgt unentgeltlich.

Eltern und Vormünder schulentlassener oder an Ostern zur Entlassung kommender Knaben werden hierauf aufmerksam gemacht. Nähere Auskunft ist jeden Werktag von 8—1 Uhr und von 3—6 Uhr in der städt. Arbeitsnachweisanstalt zu erlangen.

Gleichzeitig geben wir den Herren Geschäftsinhabern und Meistern bekannt, daß z. Zt. Lehrstellen für Kaufleute, Köche und Konditoren, Feinmechaniker, Elektrotechniker, Lithographen und Maurer für an Ostern zur Schulentlassungende Knaben gesucht werden.

Wir ersuchen die Herren Geschäftsinhaber und Meister, unsere Bemühungen um die Vermittlung guter Lehrstellen durch Anmeldung derselben bei der städt. Arbeitsnachweisanstalt zu unterstützen.

Karlsruhe den 4. Januar 1907.

Städtisches Arbeitsamt:

Dr. Roth. 49

Durlach.

Geschäfts-Empfehlung.

Empfehle mich den Parteigenossen von Durlach im Anfertigen von

Herren- und Knabenkleider, Sport- und Touristenanzügen

Veränderung und Reparaturen werden prompt ausgeführt.

Muster stehen zur Auswahl zur Verfügung, auch komme damit ins Haus.

Garantie für guten Sitz und feine Ausführung.

Durlach, Hauptstrasse 64, 4. Stock, im „**Goldenen Löwen**". 40

Albert Roll, Herrenkleidermacher.

Ortskrankenkasse Durlach.

Einladung zur Wahl der

General-Versammlung.

Nachdem seit der ersten Wahl der Generalversammlung am 18. Januar 1904 3 Jahre abgelaufen sind, ist nach § 49 des Statuts eine Neuwahl der Generalversammlung vorzunehmen.

Da am 1. Januar d. J. die Zahl der Kassenmitglieder 1622 betrug, haben dieselben 54 Vertreter zu wählen und da die Arbeitgeber für 1497 Kassenmitglieder Beiträge aus eigenen Mitteln bezahlen, so haben die letzteren 24 Vertreter zu wählen.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassenmitglieder bezw. Arbeitgeber, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Die Arbeitgeber können zu Vertretern auch Geschäftsführer oder Betriebsbeamte der zu Beiträgen verpflichteten Arbeitgeber wählen.

Die **Wählerlisten** liegen von **Dienstag den 8. ds. Mts. bis Dienstag den 15. ds. Mts.** von **morgens 8—1 Uhr mittags** und von **2—4 Uhr nachmittags** auf unserem Geschäftszimmer zur Einsicht der Beteiligten auf.

Die Wahlen finden am **Donnerstag den 17. ds. Mts.** in der **städt. Turnhalle** statt und zwar für die Arbeitgeber von **11—1 Uhr mittags** und für die Kassenmitglieder von **4—8 Uhr nachmittags.**

Wir laden die Mitglieder zu zahlreicher Beteiligung ein.

Durlach den 4. Januar 1907. 47

Der Vorstand:

Delisle.

Waschen Sie

nur noch mit

„EUREKA"

der Krone aller Waschmittel.

Ueberall erhältlich.

Unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle

für Frauen. Dienstag Abend 6—8 Uhr, **Kriegstr. 44.**

Union-Brauerei

Karlsruhe = Telephon 264.

empfiehlt ihre **vorzüglichen, rezenten und wohlbekömmlichen**

ff. hellen Export- u. dunklen Lagerbiere

in der Brauerei auf Flaschen gefüllt. 4803

Unser

Inventur-Räumungs-Verkauf

beginnt

Montag, 7. cr., früh 8 Uhr

und bringt **sensationell billige** Angebote.

Lesen Sie unsere Montags-Anzeige.

Geschwister Knopf.

Lesen Sie unsere Montags-Anzeige.